Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint
wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Hof und Scholle".
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk.
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27

Anzeigen
werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postscheckkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer .·. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 137. Donnerstag, den 17. November 1927. 20. Jahrgang.

Siehe, wir hassen, wir streiten,
Es trennet nur Neigung und Meinung;
Aber es bleichet indes dir sich die
Locke wie mir.

Die Angestelltenwahlen.

Die Neuwahl der Vertrauensmänner in die Angestelltenversicherung ist nunmehr in einem beträchtlichen Umfange bereits erfolgt, während in anderen Bezirken der Wahlkampf noch in vollem Gange ist. Den ersten voraufgegangenen Wahlen in kleineren Bezirken folgte am Sonntag ein Groß-Wahltag, an dem in 500 Bezirken gewählt wurde. Unter den Wahlorten befinden sich zahlreiche größte deutsche Städte, so z. B. Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Hannover, Erfurt und München. Im Laufe der nächsten Wochen wird in weiteren 600 Bezirken gewählt, so daß die Wahl Mitte oder Ende Dezember vollständig beendet ist.

Das Resultat der Sonntags-Wahlen liegt erst aus einem Teil der Bezirke vor, abgesehen davon erfährt das Gesamtergebnis der Angestelltenwahlen durch die weiteren Wahlen dauernd eine Aenderung. Die allgemeine Tendenz der Wahl und damit der voraussichtliche Ausfall der Neuwahl der Vertrauensmänner treten jedoch bereits schon heute deutlich in Erscheinung. Das Kennzeichen der gegenwärtigen Wahlen ist das Festhalten der Angestelltenschaft an der selbständigen Angestelltenversicherung, und die Ablehnung der Verschmelzung mit der Invalidenversicherung! Die Angestellten fürchten, im Falle der Verschmelzung in ihren Rechten beeinträchtigt zu werden, weil die finanziellen Reserven der Invalidenversicherung geringer sind, als die der Angestelltenversicherung.

Das Festhalten an der Angestelltenversicherung als selbständige Organisation kommt aber nicht nur in den Stimmziffern zum Ausdruck, ebenso deutlich tritt es in der Wahlbeteiligung in Erscheinung. In fast sämtlichen Orten haben die 1922 abgegebenen Stimmziffern eine Vervielfachung erfahren! So haben in Berlin z. B. 1922 53 000 Angestellte ihrer Wahlpflicht genügt, während am Sonntag rund 139 000 ihr Wahlrecht ausübten! Diese außerordentliche Steigerung der Wahlbeteiligung zeigt, wie stark die Angestelltenschaft an dem Schicksal ihrer Versicherung interessiert ist. Weiterhin aber geben die Zahlen auch ein klares Spiegelbild der sozialpolitischen Aktivität der Angestelltenschaft. Nimmt man die Ziffern Berlins als Maßstab, so wird man feststellen müssen, daß nicht nur alle in den Gewerkschaften und sonstigen Angestelltenverbänden organisierten Wähler ihre Stimme abgegeben haben, sondern daß auch ein großer Teil der nichtorganisierten Angestellten durch die Abgabe ihrer Stimme ihr Interesse an dem Schicksal der Angestelltenversicherung kundgetan hat. Auffallend stark war die Beteiligung der Frauen an dem Wahlgeschäft.

Die unerwartet große Wahlbeteiligung hat zahlreiche technische Schwierigkeiten im Gefolge gehabt. Es fehlte an einer ausreichenden Wahlzeit, an genügend Wahllokalen, an Umschlägen, kurzum, die Zahl derer, die lange warten mußten und ihrer Wahlpflicht trotzdem nicht genügen konnten, ist groß, besonders in Berlin. Es gab Wahlproteste, und angesichts der geschilderten Umstände wird man diesen Protesten eine Berechtigung nicht absprechen können! Ueber die Folgerungen, die daraus gezogen werden müssen, wird beraten. In Berlin werden die Wahlproteste vom Hauptwahlamt der Reichshauptstadt sorgfältig geprüft. Das Ergebnis der Untersuchung wird dem Magistrat mitgeteilt, der, wenn er die Auffassung billigt, daß die festgestellten Unregelmäßigkeiten geeignet sind, das Wahlresultat zu beeinflussen, eine Wiederholung der Wahl in den einzelnen Bezirken anordnen muß.

Nach den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen haben die bürgerlichen Angestelltenverbände, die im Hauptausschuß zusammengeschlossen sind, nicht nur ihre bisherige Stellung behauptet, sondern gerade infolge der stärkeren Wahlbeteiligung noch bedeutend verbessert! Während im Durchschnitt die Listen der Hauptausschußverbände die auf sie abgegebene Stimmenzahl um 50 bis 70 Prozent erhöhen konnten, hat der freigewerkschaftliche Verband aus der starken Wahlbeteiligung nur einen rund zehnprozentigen Gewinn gezogen.

In Berlin verteilen sich die 139 216 abgegebenen Stimmen auf die einzelnen Listen wie folgt: Hauptausschußverbände 86 021 (31 048) Stimmen, Afa-Verbände 52 319 (21 558) Stimmen, Wilde 876 (508) Stimmen. Die in Klammern beigefügten Zahlen bedeuten jeweils die Zahlen der Wahlen des Jahres 1922. Von den Hauptausschußverbänden erhielten der Gewerkschaftsbund der Angestellten 33 273 (13 819), der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 31 756 (10 365) und der Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellten 15 344 (6536).

Aehnlich verhält es sich auch in den übrigen Bezirken. Die Verteilung der Mandate steht noch aus, doch rechnet man in Gewerkschaftskreisen damit, daß etwa 75 Prozent der Mandate an den Hauptausschuß, also an die bürgerlichen Angestelltenverbände fallen.

Bekenntnis zum Anschluß.

Kundgebungen in Wien. — Zusammenarbeit der Parlamente. — Trinksprüche des Kanzlers und des Bundeskanzlers.

Die österreichische Presse wirft einen Rückblick auf den Besuch der deutschen Staatsmänner Dr. Marx und Dr. Stresemann in Wien und bezeichnet den Empfang der deutschen Gäste als ein Bekenntnis zum Anschlußgedanken! Der gleiche Wille spreche aus den Reden der österreichischen Politiker und der deutschen Regierungsmitglieder anläßlich der Veranstaltungen in Wien.

Ein Zufall hat es gewollt, daß wenige Stunden nach der Ankunft der Minister auch zehn deutsche Parlamentarier in Wien eintrafen. Es handelt sich um die Mitglieder der Reichstags-Delegation, die gemeinsam mit einem Ausschuß des österreichischen Nationalrats über die Strafrechtsreform verhandeln werden. Die Verhandlungen haben bereits begonnen. Die Presse sieht darin einen neuen Beweis dafür, daß es zwischen Deutschland und Oesterreich keinen Trennungsstrich mehr gibt, und mißt dem Tag des Verhandlungsbeginns hohe geschichtliche Bedeutung bei.

Zu Ehren der reichsdeutschen Gäste gab der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel im Verlaufe der Festlichkeiten ein Essen, an dem hervorragende Vertreter des politischen und wirtschaftlichen Lebens Deutsch-Oesterreichs teilnahmen.

Bundeskanzler Dr. Seipel

hielt eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß der Weg, der in den letzten Jahren von dem deutschen Volke in Deutschland und Oesterreich zurückgelegt wurde, voll von Widrigkeiten war, trotzdem aber aufwärts geführt habe. **Sittliche Werte müßten Ziel und Inhalt aller Politik werden. Solange nicht die Rücksicht auf das Ganze und das Vertrauen in den Nachbar die Grundlage der europäischen Politik sei, solange gebe es auch keinen gesicherten Frieden, keine Abrüstung, keine Wirtschaftserholung und keinen wahren Fortschritt der Kultur.** Dr. Seipel schloß seine Rede mit der Aufforderung, immer wieder ein starkes und vorbehaltloses Bekenntnis zur Politik des praktischen Idealismus abzulegen. Der Trinkspruch galt dem Wohl des Reichspräsidenten von Hindenburg, den deutschen Gästen Dr. Marx und Dr. Stresemann und dem Blühen und Gedeihen des deutschen Volkes.

Reichskanzler Dr. Marx

dankte für den herzlichen Empfang in Oesterreich und die bewegende Anteilnahme aller Kreise der Bevölkerung. Dr. Marx warf dann einen kurzen Rückblick auf die vergangenen Jahre und ihre schweren Sorgen, betonte die stärkende Kraft des praktischen Idealismus, und schloß seine Rede mit der Aufforderung zu seinem Staatsbesuch in Berlin, und mit den Worten:

Vieles hat sich in dieser, im Wirbel der Ereignisse uns unendlich lang erscheinenden Zeit geändert. Manche Fortschritte sind schneller erzielt worden, als wir sie zu erhoffen wagten. Manches Ziel, das leichter zu erreichen schien, ist noch immer in weite Ferne gerückt. Aber eines ist bei allem Wechsel geblieben, eine Empfindung, die auch den Unterton Ihrer Worte bildet: die Zuneigung und das Verstehen zwischen Ihnen und uns, zwischen Oesterreich und Deutschland. **Zwischen unseren Herzen, unserer Freundschaft gibt es keinen Trennungsstrich. Gemeinsam ist die Sprache, gemeinsam ist unsere Kultur, gemeinsam auch der Lebensweg, den wir zu wandern haben. Aus dieser Verbundenheit ergibt sich die Freundschaft zwischen uns, von der wir fühlen, daß sie uns alle immer weiter und tiefer ergreift.**

Oesterreichische Ehrungen für die deutschen Gäste.

Bundespräsident Dr. Hainisch hat dem Reichskanzler Dr. Marx und dem deutschen Gesandten in Wien, Grafen Lerchenfeld, das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande, dem Staatssekretär Dr. Pünder das Große Ehrenzeichen am Bande, dem Ministerialdirektor Dr. Zechlin das Große Ehrenzeichen mit dem Stern, dem Regierungsrat Walter, dem Legationsrat Redlhammer und dem Konsul Bernhard das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Oesterreich verliehen.

Manoilescu freigesprochen!

Alle Schuldfragen vom Kriegsgericht verneint.

Der gegen den Sendboten Carols, den früheren rumänischen Staatssekretär Manoilescu, angestrengte Prozeß hat mit der Freisprechung des Angeklagten und seiner sofortigen Freilassung geendet! Bratianu hat es also nicht gewagt, an den Anhängern Carols ein abschreckendes Exempel zu statuieren.

Die Schlußsitzung des Kriegsgerichts hatte sich bis in die späten Nachtstunden hingezogen und etwa zwanzig Verteidiger auf den Plan gerufen. General Averescu und Professor Jorga erklärten, man solle doch nicht Manoilescu zu einem Verschwörer stempeln, wo er stets in vollster Oeffentlichkeit gehandelt habe.

Staatssekretär Manoilescu.

Manoilescu hielt eine Schlußansprache, und betonte, er sei nach wie vor davon überzeugt, daß Carols Rückkehr als Regent — nicht als König — notwendig sei! Darauf zog sich das Gericht zum Beschluß zurück. Nach etwa fünfviertelstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende, das Gericht habe mit drei gegen zwei Stimmen alle Schuldfragen verneint und die sofortige Freilassung des Angeklagten beschlossen. Der Beschluß des Gerichts wurde mit Hochrufen für Manoilescu und die Armee aufgenommen.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Wiederbeginn der Vollsitzungen am Dienstag. — Die ersten Beratungsgegenstände. — Um das Rentnerschutzgesetz.

Mitte der Woche trat der Aeltestenrat des Reichstags in Berlin zu einer Sitzung zusammen, um sich endgültig über den Wiederbeginn der Plenarberatungen schlüssig zu werden. Graf Westarp, der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion, regte an, den für den 22. November in Aussicht genommenen Wiederbeginn der Plenarberatungen mit Rücksicht auf die laufende Arbeit der Ausschüsse zu vertagen. Von sozialdemokratischer Seite wurde Widerspruch erhoben, auch Reichstagspräsident Löbe machte Bedenken gegen eine immer neue Vertagung des Reichstags geltend. Darauf zog Graf Westarp seinen Antrag zurück.

Der Reichstag tritt also, wie vorgesehen, am kommenden Dienstag wieder zusammen. Um den Abgeordneten ein ungestörtes Arbeiten in den Ausschüssen zu ermöglichen und ihre Arbeitskraft nicht durch gleichzeitige Plenarberatungen und Ausschußsitzungen zu zersplittern, sollen die

Vollsitzungen immer erst um 4 Uhr nachmittags beginnen. Für den 22. November bleibt es bei 3 Uhr. **Was den Arbeitsplan des Parlaments betrifft, soll am Dienstag der deutsch-französische Handelsvertrag zur Beratung kommen. Für die nächsten Tage wurde die Behandlung des Rentnerschutzgesetzes und die Verabschiedung der Beamten-Disziplinarordnung in Aussicht genommen.**

Politische Rundschau.

— Berlin, den 17. November 1927.

— Amerikanischen Meldungen zufolge will Dr. Stresemann im Mai an der 100-Jahrfeier der Friedensgesellschaft in Cleveland teilnehmen.

— Die Königsberger Stadtverordnetenversammlung hat einem Magistratsantrag zur Aufnahme einer 10-Millionen-Auslandsanleihe zugestimmt.

*

:: **Berufungsverhandlung im Fall Tresckow.** Die Berufungsverhandlung in den von dem Mitglied des Jungdeutschen Ordens von Tresckow gegen Major Badicke angestrengten Prozeß ist nunmehr vom Landgericht I Berlin auf den 9. Januar 1928 anberaumt worden.

:: **Erweiterung des Reparationspolitischen Ausschusses.** Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat den für die Verhandlungen mit Parker Gilbert eingesetzten Reparationspolitischen Ausschuß durch Aufnahme folgender Parlamentarier erweitert: Hilferding (Soz.), Dernburg (Dem.), Dr. Brüning (Ztr.), Dauch (D.Vp.), Bredt (Wirtsch.-Partei), Leicht (Bayr. Vp.), Quaatz (Dn. Vp.).

Rundschau im Auslande.

: In der deutschen Nationalkirche Anima in Rom wurde eine erhebende Gedächtnisfeier für die Gefallenen veranstaltet.

: Dr. v. Prittwitz, der neuernannte Botschafter in Washington und bisherige Botschaftsrat in Rom, ist von Mussolini zur Verabschiedung empfangen worden.

: Am Dienstag wurden in Belgrad Handelsvertragsverhandlungen zwischen Oesterreich und Südslawien eröffnet.

*

Der Termin für die polnischen Neuwahlen.

: Warschauer Meldungen zufolge sollen die Neuwahlen für den Polnischen Landtag am 26. Februar 1928 stattfinden. Für die Neuwahl des Senats ist der 4. März in Aussicht genommen worden.

900 Millionen Mark deutsche Reparationszahlungen an England.

: Im Unterhaus teilte Chamberlain mit, daß Großbritannien von Deutschland bis zum 1. November 1927 900 Millionen Mark als Reparationszahlungen erhalten habe. Italien habe 160 Millionen Mark an Kriegsschulden und Frankreich 140 Millionen Mark bezahlt. Großbritannien seinerseits habe an Amerika Zahlungen in Höhe von 2,8 Milliarden Mark geleistet.

Direkte Verkehrsverbindung mit Peking.

: Die in Riga abgehaltene europäisch-asiatische Eisenbahnkonferenz nahm in ihrer Schlußsitzung Entschließungen an, wonach ein direkter Eisenbahnverkehr zwischen Europa und dem Fernen Osten spätestens vom 15. Mai 1928 ab eingerichtet werden soll.

Regelung der Wanderarbeiterfrage.

Ein deutsch-polnischer Landarbeitervertrag vereinbart. — Unterzeichnung am 21. November in Warschau.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Frage der polnischen Wanderarbeiter in der Landwirtschaft haben nach etwa dreijährigen Bemühungen zum Abschluß eines endgültigen Abkommens geführt. Vertreter der deutschen und der polnischen Regierung haben in Berlin einen Vertrag über polnische Landarbeiter paraphiert, d. h., mit den Anfangsbuchstaben ihrer Namen versehen. Die offizielle Unterzeichnung erfolgt am 21. November in Warschau. Die deutsche Delegation setzte sich aus dem Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Kechlin und aus den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums Dr. Weigert und Dr. Beisiegel zusammen; Polen war durch Dr. Pradzynski, den Direktor des Auswanderungsamtes, und Dr. Dalbor vertreten.

Gegenstand der Verhandlungen,

die bekanntlich auch zu zwei Provisorien führten, waren insbesondere **Fragen der Anwerbung und Vermittlung sowie der sozialrechtlichen Verhältnisse solcher polnischer Arbeiter, die jährlich zur Arbeit in die deutsche Landwirtschaft kommen und über die Winterzeit wieder nach Polen zurückkehren. Ferner werden auch die Verhältnisse derjenigen polnischen Landarbeiter geregelt, die sich seit mehreren Jahren in Deutschland befinden.**

*

Der deutsche Gesandte in Warschau nach Berlin berufen.

— **Berlin,** 17. November. Wie wir erfahren, wird am heutigen Donnerstag der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, hier eintreffen. Er ist nach Berlin berufen worden, um den Außenminister vor dem Beginn der deutsch-polnischen Wirtschaftsbesprechungen über die Auffassung in Warschau zu informieren. Am Freitag kommt auch der polnische Sonderdelegierte, Direktor Jackowski, in Berlin an.

Trotzki und Sinowjew ausgeschlossen!

Schärfster Kampf gegen die Opposition in Rußland.

Der Beherrscher des Parteiapparates der russischen Kommunisten, Stalin, hat zur allgemeinen Ueberraschung bereits vor dem im Dezember stattfindenden Parteikongreß zum entscheidenden Schlag gegen die Opposition ausgeholt. Trotzki und Sinowjew, nach und nach aller Aemter entkleidet, sind nunmehr aus der Partei überhaupt ausgeschlossen worden! Ob gegen die Ausgeschlossenen noch weitere Maßnahmen ergriffen werden, bleibt abzuwarten, ausgeschlossen ist es nicht. Weitere Maßregelungen der Zentralkontrollkommission betrafen Kamenew, den früheren Botschafter in Paris, Rakowski, und andere, die aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen wurden. Begründet wird der Ausschluß damit, daß Trotzki und Sinowjew die Diskussion außerhalb der Partei verlegt und Reden gegen die Partei gehalten haben.

Schlußdienst.

Im Wirbelsturm gekentert.

— **London,** 17. November. Nach Meldung aus Bombay ist der Küstendampfer „Tukaram" bei einem Wirbelsturm, 100 Kilometer von Bombay entfernt, gesunken. Im ganzen sollen 135 Menschen umgekommen sein. Wie es heißt, war der Dampfer bereits innerhalb drei Minuten in den Fluten verschwunden. Von dem Küstenschiff „Jayanti" fehlt jede Nachricht.

Kleinarbeit im Landtag.

Vertagung der Plenarsitzungen bis zum 1. Dezember.

— Berlin, den 15. November 1927.

Der Landtag beschäftigte sich in seiner Sitzung in der Hauptsache mit kleineren Vorlagen und vertagte sich dann auf den 1. Dezember. In der Zwischenzeit soll die Ausschußberatung der Besoldungsvorlage kräftig gefördert werden. Am 1. Dezember soll zunächst die zweite Lesung der Landgemeindeordnung fortgeführt werden.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurden Anträge über den Bau von Brücken und Eisenbahnanlagen in Ostpreußen und Anträge auf Strafverfolgung kommunistischer Abgeordneter an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Dann stimmte das Haus dem deutschnationalen Antrag zu, bei dessen Beratung gestern Beschlußunfähigkeit eintrat. **Der Antrag fordert Maßnahmen gegen den Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft.**

Das zur zweiten Beratung vorliegende Denkmalschutzgesetz wurde auf Antrag des Abg. **Buchhorn** (D. Vp.) an den Ausschuß zurückverwiesen, ebenso ein Antrag auf

Ausdehnung der Notstandsaktion anläßlich der Hochwasserschäden

auf das Gebiet der Schullasten. Bei Beratung von Anträgen des Handels- und Gewerbeausschusses über Verarbeiterfragen richtete Abg. **Sobottka** (Kom.) heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten, und fordert Herabsetzung der Arbeitszeit im Bergbau auf 6 Stunden. Nachdem die Abgg. **Jacobs** (Soz.), **Otter** (Soz.), **Marsch** (Ztr.), **Stieger** (Ztr.) die kommunistischen Anwürfe scharf zurückgewiesen hatten, wurde der Antrag des Handels-Ausschusses angenommen, der das Staatsministerium ersucht, **der kohlischen Bergwerks-A. G. Recklinghausen nahezulegen, die Einschränkung der Belegschaft auf das allernotwendigste zu beschränken und bei Kündigungen die sozialen Belange zu wahren.**

Nach Erledigung weiterer Vorlagen folgte die zweite Beratung der Vorlage, die grundsätzlich die

Oeffentlichkeit bei richterlichen Disziplinarverfahren

einführt. Abg. Dr. **Seelmann** (Dntl.) berichtete über die Ausschußverhandlungen.

Justizminister Dr. Schmidt bat um die Annahme der Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen. Die Stellung, die der Staatsanwaltschaft eingeräumt werde, bedeute keineswegs ein Mißtrauen gegen die Richterschaft. Im Gegenteil habe er, der Minister, sowie seine ganze Verwaltung volles Vertrauen zur Richterschaft. Die Vorlage solle gerade dazu beitragen, **das in der Oeffentlichkeit zum Teil leider noch bestehende Mißtrauen gegen die Richter zu beseitigen und die Richter volkstümlich zu machen. Die Vorlage sei nicht verfassungswidrig.**

Die Abgg. Dr. **Deerberg** (Dntl.) und **Kriege** (D. Vp.) lehnten das Einspruchsrecht der Staatsanwaltschaft ab. Abg. Dr. **Rosenfeld** (Soz.) billigte die Vorlage. Abg. **Grathwohl** (Dem.) bat um Annahme des demokratischen Antrages, der die Oeffentlichkeit auch der Disziplinarverfahren der anderen Beamtenkategorien fordert.

In der Abstimmung wurde der deutschnationale Aenderungsantrag, der das Vetorecht der Staatsanwaltschaft ausschalten wollte, gegen die Antragsteller abgelehnt. Die Vorlage wurde in zweiter Lesung nach den Ausschußbeschlüssen angenommen. Die sofortige Vornahme der dritten Lesung scheiterte am Widerspruch der Deutschnationalen und der Volkspartei.

Es folgte die Beratung des Gesetzentwurfes zur einheitlichen Regelung des Schulbeginns und Schulschlusses. Der in zweiter und dritter Lesung angenommene Antrag, daß auch ein schulärztliches Zeugnis für die Zurückstellung der Kinder ausreichen soll. Zum Schluß stimmte das Haus der vom Justizministerium beantragten Strafverfolgung des Abg. Graf von **Helldorf** (Volk.) wegen fahrlässiger Körperverletzung zu.

Gerichtssaal.

‡ **Ein Jahr Gefängnis oder — heiraten!** Vor dem Berlin-Tempelhofer Schöffengericht hatte sich der Monteur Paul Köhler zu verantworten, der aus Eifersucht seine Braut durch Schnitte mit einem Rasiermesser so schrecklich zugerichtet hatte, daß das bis dahin schöne Mädchen auf Lebenszeit arg entstellt ist. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis, stellte dem Angeschuldigten jedoch Bewährungsfrist in Aussicht, wenn er das Mädchen, dessen Heiratsaussichten nunmehr stark vermindert sind, heirate.

Furchtbare Gaskatastrophe.

Der größte Gastank der Welt in die Luft geflogen. — Ueber zwanzig Todesopfer. — Hunderte von Verletzten.

Zu einer ungemein schweren Explosionskatastrophe kam es im nördlichen Teile der Stadt Pittsburg (Pennsylvanien), vermutlich durch unvorsichtiges Hantieren mit einer Lötlampe oder mit Azetylenfackeln. Unter ungeheurem, weit im Umkreise hörbarem Getöse flog plötzlich ein gewaltiger Gastank der Equitable Gas-Gesellschaft, der größte Gastank der Welt, der einen Fassungsraum von fünf Millionen Kubikfuß hatte, in die Luft. Man spricht von über zwanzig Todesopfern. Die Zahl der Verletzten beträgt angeblich viele Hunderte. Die Sachschäden sind außergewöhnlich schwer.

Von dem Branddirektor Smith, einem Augenzeugen der Explosion, wird erzählt, daß sich der riesige Stahltank wie ein Riesenballon mehrere Hundert Fuß in die Luft erhoben habe.

Durch die Schule des Lebens

57] Roman von Else von Buchholtz.

Deutscher Provinz-Verlag, Berlin W. 8. 1927.

(Nachdruck verboten.)

Dora raffte Muff und Boa auf und schickte sich an, mit ihrem Begleiter zu gehen.

Sie gingen die Treppe zu dem Rathause hinauf und nahmen in dem ihnen angewiesenen Raume Platz. Die übrigen Vorgeladenen befanden sich schon dort.

Der Notar, ein großer, hagerer Mensch, trat mit einer Aktenmappe ein, begrüßte kurz die Anwesenden und verlas dann die Namen der Aufgeforderten. Sie waren alle erschienen.

„Herr Oberförster Krumbow." Der Notar wiederholte noch lauter den Namen: „Krumbow, Krumbow, nicht gekommen? Warum nicht?" Seine Nasenflügel zitterten nervös.

Nun, dann mußte die Eröffnung ohne die Gegenwart des Oberförsters vor sich gehen. Der Notar räusperte sich, putzte seine Brille, begann nach einigen einleitenden Worten das Siegel zu zerschneiden und dann vorzulesen.

Ihr Vermächtnis! Irenes Vermächtnis! Wie ein Krampf schnürte etwas Doras Kehle zu. Sie hatte ja seit Wochen nur diesen einen Gedanken gedacht: Irene ist tot! Und nun erschien er ihr auf einmal als etwas neues, als etwas, dessen Plötzlichkeit ihre Sinne zu trüben drohte, der alte, furchtbare Gedanke: Irene ist tot.

Ihr Vermächtnis! Ach, was war denn ihr Vermächtnis? Ihr Hab und Gut, das nun der leichtsinnige Verwandte erhielt, die Summen, die sie ihren Getreuen ausgesetzt hatte?

Und auf einmal war's ihr, als säße sie wieder zu Füßen der geliebten Frau. Als hielte sie Irenes Hand, wie sie es noch kurz vor deren Hinscheiden getan hatte, und klagte ihr irgendeine Lieblosigkeit der Menschen vor. Und Frau Irene lächelte mit ihrem himmlischen Lächeln: „Verzage nicht an dem Guten in der Menschenseele," hatte sie gesagt, „wie auch gesprochen und geurteilt wird, glaube an das Gute. Wenn dieser Glaube verloren geht, ist die Freude des Lebens dahin, und das soll nicht sein." Und dann hatte sie hinzugefügt: „Du stehst meinem Herzen so nahe, mein Dorchen, und darum möchte ich dir noch alles sagen, was ich für dein späteres Leben wichtig finde."

Doras Augen füllten sich mit Tränen. In heißem Sehnen um die Verlorene preßten sich ihre Hände zusammen. Ihr Vermächtnis! Ach, sie fühlte es heute! Wichtiger als Geld und Gut, bedeutender als einzelne, große Taten war das unscheinbare, in seinen Folgen gewaltigste Vermächtnis: das Beispiel. Und Irene hatte es ihr gegeben, leuchtend, unverlierbar, das gute Beispiel der Nächstenliebe und der Selbstverleugnung.

Sie hatte, in diese Gedanken versunken, nicht auf das undeutliche Sprechen des Notars acht gegeben. Jetzt schrak sie auf. Ihr Name war genannt, aber sie hatte nicht aufgepaßt, um was es sich handelte. Scheu sah sie zu Hornau hinüber, um ebenso schnell das Auge zu senken. Es war ein fast haserfüllter Blick, der sie getroffen hatte. Sie wurde verlegen, weshalb sahen alle Anwesenden sie so eigen an?

Und nun war der Notar zu Ende.

Er legte das Schriftstück zusammen und trat auf Dora zu. „Mein gnädiges Fräulein, ich erlaube mir, Ihnen zu der großen Erbschaft zu gratulieren. Lindenau ist ein schönes, wertvolles Gut."

Sie sah ihn starr an in maßlosem Staunen. „Ich bin — das ist doch nicht möglich. Ich habe nicht recht zugehört."

Der Notar zog die kurzsichtigen Augen hoch, ganz hoch. So etwas hatte er noch nicht erlebt. Da bekommt jemand eine Erbschaft und hört bei der Verlesung derselben nicht einmal zu. Und nun begann er ihr den Inhalt des Testaments zu wiederholen. Sie hatte Lindenau mit allem Zubehör geerbt, während Hornau nur eine verhältnismäßig kleine Summe ausgesetzt war. Dem Kandidaten und Bröhse waren mehrere tausend Taler vermacht, auch das Gesinde und die Leute des Gutes waren bedacht worden.

Dora war wie betäubt. Ihre Tränen rannen; sie konnte sich nicht freuen.

Endlich brach Dora das Schweigen. „Und — der Oberförster?" fragte sie.

„Krumbow hat — hm! — sonderbarerweise weiter nichts als die Sachen des verunglückten Knaben erhalten." Der Notar putzte abermals seine Brillengläser.

Doras Tränen waren noch nicht versiegt. Sie reichte dem Juristen die Hand. „Haben Sie Dank, Herr Rechtsanwalt. Sie werden begreifen, daß ich mich sehne, nach Hause zu kommen."

Das begriff der Notar wirklich. Ein solches Gut als sein Eigentum betrachten zu können, das mußte ein treibender Gedanke sein. Daß sich Dora gedrängt fühlte, am Grabe der Freundin zu beten, ahnte er nicht.

Hornau trat auf sie zu, um ihr mit bittersüßer Miene zu gratulieren. Dora schlug kaum die Augen auf. Sie kam sich so schuldbewußt vor, daß durch sie diesem Manne die Aussicht auf eine reiche Erbschaft genommen war.

Sie reichte ihm herzlicher die Hand, als sie es sonst getan hätte: „Ich bin förmlich betäubt von dem Unerwarteten," sagte sie, sich gleichsam entschuldigend. „Ich möchte nach Hause. Ist es Ihnen recht, wenn wir bald fahren?"

Hornau sah sehr finster aus. „Ich habe nichts zu bestimmen. Sie sind jetzt die Herrin über Lindenau, also auch über das Fuhrwerk."

Sie sah ihn bittend an. „Ach, nicht doch so! Ich darf Sie wohl bitten, mit mir zusammen nach Lindenau zurückzukehren."

Er verbeugte sich förmlich. „Sehr liebenswürdig! Doch möchte ich gnädiges Fräulein ersuchen, allein den Weg zu machen, da ich noch hier zu tun habe. Ich komme dann zu Fuß nach."

Wollte er trotzig vermeiden, von ihrem nunmehrigen Besitz eine Gefälligkeit anzunehmen? Da sah sie, wie Hornaus Blicke unwillkürlich zu dem Rechtsanwalt schweiften. Und sie ahnte, daß sein Bleiben einer Besprechung mit diesem galt; er wollte sich erkundigen, ob das Testament nicht anfechtbar wäre.

(Fortsetzung folgt.)

Der Tank blieb zunächst einen Augenblick lang völlig [illegible] und zerbarst dann unter einem fürchter[illegible]en Knall wie eine Bombe, Stahlstücke von vie[illegible]en Tonnen Gewicht flogen wie Pappdeckelsetzen durch die Luft. Sofort darauf hörte man das Krachen einstürzender Gebäude. Ein Beamter der Wetterwarte im 26. Stockwerk des Oliver-Gebäudes erklärte, der Wolkenkratzer habe unter der Gewalt der Explosion wie bei einem Erdbeben geschwankt. Das Barometer hatte eine Zunahme des Luftdrucks um ein Hundertstel Zoll verzeichnet.

Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, haben in vielen Fällen einstürzende Fabrikgebäude sämtliche Arbeiter unter sich begraben. Auch in Fällen, in denen die Gebäude der Gewalt der Explosion trotzten, wurden vielfach sämtliche Arbeiter verletzt. Selbst in weit abgelegenen Stadtteilen wurden die Fensterscheiben zertrümmert und Fußgänger durch Glassplitter verwundet.

Ganze Straßenzüge sind mit Eisenteilen besät. Riesige Rauchwolken machten zunächst einen Ueberblick über den Umfang der Explosion und ihre Folgen unmöglich. Zentnerschwere Eisenstreben wurden mehrere hundert Meter weit fortgeschleudert. Durch die Gewalt des Luftdrucks sind sogar die Straßenbahnen in der Stadt aus den Schienen geworfen worden. In einer mehrere Straßen entfernt liegenden Schule befanden sich gerade 900 Kinder auf dem Schulhofe, von denen mehrere durch Trümmerstücke verletzt worden sind.

Sport.

:: **Europameister Dalchow-Berlin**, sowie seine Landsleute Volkmar und Pistulla nehmen am 18. November in München an einer Amateur-Boxveranstaltung teil. Ihre Gegner sind die Bayern Stürzelmeyer, Kugler bezw. Neuner.

:: **Auf der Breslauer Winterbahn** findet am 20. November ein Mannschafts-Dreikampf zwischen Ehmer—Kroschel, Rausch—Härtgen und Kroll—Miethe statt, ein Ausscheidungsrennen über 30 Runden wird Dewoft, Stockelynck, C. Debaets, Mouton, Fricke, Lorenz, Tietz, Bauer, Frankenstein in Wettbewerb sehen. Höhepunkt des Abends ist ein 100-Kilometer-Mannschaftsfahren.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 17. November 1927.

: **Tagung der Reichszentrale für Heimatdienst.** Wie wir erfahren, beabsichtigt die Landes-Abteilung Hessen der Reichszentrale für Heimatdienst, deren Staatbürgerliche Bildungstagung vom Frühjahr d. J. in bester Erinnerung ist, am kommenden Sonnabend, den 19. November, wiederum eine Tagung für den Kreis Melsungen zu veranstalten. Die Tagung findet diesmal in Spangenberg im Saale des Gasthofs Heinz statt. Die Reichszentrale für Heimatdienst ist die amtliche Aufklärungsstelle der Reichsregierung. Im Jahre 1917 eingerichtet, wurde ihr durch Reichstagsbeschluß vom 5. Juli 1921 die Aufgabe zugewiesen, „der sachlichen Aufkärung über außenpolitische, wirtschaftspolitische, soziale und kulturelle Fragen" zu dienen „und zwar nicht im Geiste einzelner Parteien, sondern vom Standpunkte des Staatsganzen aus". Diesen richtunggebenden Grundsätzen sucht die Reichszentrale für Heimatdienst durch ihre gesamte Tätigkeit in Schrift und Bild und Wort gerecht zu werden. Auf dem Gebiete der Mundaufklärung haben sich vor allem die sogenannten Staatsbürgerlichen Bildungstage so stark durchgesetzt, daß sie auch in Hessen und Hessen-Nassau in allen Kreisen zu einer ständigen Einrichtung zu werden beginnen. Die Tagung am kommenden Sonnabend beginnt um 9 Uhr vormittags pünktlich und wickelt sich nach folgendem Tagungsplan ab: 9—11,30 Uhr Studienrat E. Stremmer-Kassel: „Weltpolitische Spannungen der Gegenwart". 11,45—13,15 Uhr Dr. A. Meier-Frankfurt a. M.: „Deutschland, Europa und die Weltwirtschaft". 14,30—16 Uhr Erziehungsdirektor W. Beckmann-Frankfurt a. M.: „Deutsche Geschichte und deutsches Schicksal". Es ist sehr zu begrüßen, daß bei den Versammlungen der Reichszentrale für Heimatdienst einmal alle die mannigfachen Schranken fallen und Menschen der verschiedenen Parteien und Richtungen um die Lösung politischer und wirtschaftlicher Lebensfragen ringen. Der Lehrerschaft des Kreises ist der für die Teilnahme an der Tagung erforderliche Urlaub erteilt. Auch an dieser Stelle seien alle an der ernsten Erörterung politischer und wirtschaftlicher Fragen Interessierte — Männer wie Frauen — zu der Tagung herzlich eingeladen.

× **33. Kreisturntag des 7. Oberweser-Kreises.** Nach vorberatenden Sitzungen des Kreisvorstandes und Hauptausschusses fand am vergangenen Sonntag in Guxhagen der 33. Kreisturntag des 7. Kreises statt. Der Vorstand der D. T. war durch den 2. Vorsitzenden Dr. Neuendorff, Direktor der Landesturnanstalt in Spandau, vertreten. Damit wurde zum ersten Mal ein auf Anregung unseres Kreises kürzlich gefaßter Vorstandsbeschluß der D. D., auf den Kreistagen vertreten zu sein, ausgeführt. Zu Beginn der Tagung sprach Dr. Neuendorff in warmen Worten von der D. T., von ihren Nöten in der jetzigen Zeit und ihren Hoffnungen, die sich besonders auf unser Frauenturnen und auf unsere Jugendbewegung stützen, und schuf damit eine den ganzen Verhandlungsverlauf bestimmende Höhe. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf die Neuorganisation des Kreises, die Zusammenlegung mehrerer Gaue zu Großgauen (Rode-Kassel). Die Angelegenheit wurde zurückgestellt im Hinblick auf die bevorstehende Kreiseinteilung durch die D. T., bei der unser Kreis bestimmt mit der Zulegung einiger landschaftlich und geschichtlich zugehöriger Gebietsteile rechnet. Den Plan, das Turnkreisblatt durch Beilage von „Leben und Lehre" und des Bilderdienstes der D. T. weiter auszugestalten, konnte mit Rücksicht auf die Geldlage nicht verwirklicht werden. Aus gleichem Grunde wurde es auch bei den bisherigen Kreissteuern in Höhe von 1,50 Mk. belassen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung im Jahre 1928, deren Plan festgelegt wurde, steht die Beteiligung am Deutschen Turnfest in Köln. Wahlen fanden in diesem Jahre nicht statt. An Stelle des aus beruflichen Gründen ausscheidenden Kreismännerturnwarts tritt für 1928 Lehrer Dahms-Bad Wildungen. Im übrigen gaben die Berichte der einzelnen Warte zu erkennen, daß auf allen Gebieten des Turnens im Kreis Leben herrscht und der Kreis seine Stellung unter den Kreisen der D. T. im vergangenen Jahre behauptet hat.

£ **Fahrpreisermäßigung für die Jugendpflege.** Wie das preußische Ministerim für Volkswohlfahrt mitteilt, verlieren die in den Händen der Jugendpflegevereine befindlichen blauen Ausweiskarten über ihre behördliche Anerkennung als Jugendpflegeverein, die bei Anträgen auf Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung benötigt werden, mit dem 31. Dezember dieses Jahres ihre Gültigkeit. Vereine, die rechtzeitig in den Besitz der neuen weißen Ausweiskarte für das Jahr 1928 gelangen wollen, müssen sofort einen entsprechenden Antrag stellen. Alle Einzelheiten über die Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege in Preußen sind dem im vorigen Jahre ausgegebenen Merkblatt zu entnehmen. — Die ausgestellten Führerausweise behalten Gültigkeit über den 31. Dezember d. J. hinaus. Den Jugendpflegevereinen, die 1927 im Besitze der blauen Ausweise sind, und die im Landkreise Kassel bestehen, sind in den letzten Tagen vom Kreiswohlfahrtsamt Landkreis Kassel besondere Drucksachen-Postkarten mit besonderem Hinweis auf Vorliegendes übersandt worden, an der die anhängende Antwortpostkarte auszufüllen und einzusenden ist. Vereine, die eine solche Drucksache nicht erhalten haben, wollen dies dem Kreiswohlfahrtsamt mitteilen.

+ **Die Wetterlage.** Die seit gestern bemerkbare wärmere Westwindströmung wird mehr und mehr die Vorherrschaft über die Witterung erlangen. Einzelne Schnee- und Regenfälle treten noch auf. Die Temperaturen steigen etwas an.

Hess.-Lichtenau. Bei einer Feuerwehrübung karambolierte beim Abrücken die mechanische Leiter mit auf seinem Fahrrad sitzenden Ortsbrandmeister Liebig. Letzterer kam zu Fall, zog sich jedoch glücklicherweise keinerlei Verletzungen zu. Das Fahrrad wurde demoliert.

Eschwege. Der von den Denkmalskommissionen und den städtischen Körperschaften angenommene Entwurf eines Kriegerehrenmals ist jetzt öffentlich ausgestellt worden. Das Denkmal hat die Form eines Ehrenhofes. In der Mauer befinden sich in gleichen Abständen fünf Säulen, die ihrer Innenseite je eine Tafel tragen, die für die Namen der Gefallenen bestimmt sind. In der Mitte des Ehrenhofes erhebt sich auf einem Sockel die Gestalt eines Soldaten, der in der einen Hand einen Helm und in der anderen Hand einen Lorbeerkranz hält. Die ganze Anlage macht einen würdigen Eindruck und dürfte auch die Zustimmung der Bevölkerung finden. Die Anlage des Ehrenmals, Entwurf Professor Dammann-Berlin, ist auf dem alten Friedhof geplant.

Witzenhausen. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde ein neuer Bebauungsplan gutgeheißen, der eine großzügige Erschließung des ganzen Geländes am Südbahnhof darstellt. Der Abschluß eines Vertrages mit dem preußischen Staat betr. Dahrlehnsgewährung für die Notstandsarbeiten wurde gebilligt. Die Summe beträgt 11400 Mark. Die Stadt erhält die fünffache Summe als langfristiges Darlehn mit dreiprozentiger Verzinsung.

Hann.-Münden. Die Immatrikulationen an der forstlichen Hochschule sind abgeschlossen. Die Gesamtzahl der Studierenden beträgt 130 gegen 188 im Sommersemester. Von den Studierenden sind 71 Anwärter für den preußischen Staatsforstdienst, 37 wollen sich dem preußischen Kommunaldienst widmen, 11 sind Anwärter für den Staatsforstdienst anderer deutscher Staaten, 8 bereiten sich auf den Privatforstdienst vor und 3 sind Hospitanten.

Aus Stadt und Land.

** **Mehr als 100 Anzeigen gegen den ungetreuen Nachlaßpfleger.** In Berlin-Schöneberg haben mehrere Gläubiger des ungetreuen Nachlaßpflegers Ruppolt nunmehr den Antrag gestellt, über sein Vermögen das Konkursverfahren zu eröffnen. Wie sich bestätigt hat, erreicht der von Ruppprecht hervorgerufene Schaden eine Gesamthöhe von rund 200 000 Mark. Die Zahl der gegen den Ungetreuen erstatteten Anzeigen beträgt bereits über hundert.

** **30 Kinder einer Berliner Schule erkrankt.** Während der letzten Zeit erkrankten von den etwa 40 Schülern einer Klasse der zweiten Berlin-Pankower Volksschule rund 30 Kinder unter sonderbaren Erscheinungen. Es stellten sich bei den Kindern Erbrechen und leichte Temperatursteigerungen ein. Gleichzeitig trat auch eine gelbliche Färbung der Haut in Erscheinung. Erfreulicherweise verlaufen sämtliche Fälle durchaus gutartig. Die anfänglich aufgetretenen Befürchtungen, daß es sich um eine Gelbsucht-Epidemie handele, haben sich glücklicherweise nicht bestätigt. Es handelt sich um katarrhalischen Ikterus. Die Schule wurde geschlossen.

** **Von einem reizenden Tieridyll** weiß man aus Schneidlingen (Provinz Sachsen) zu berichten. Die Besitzerin eines Ackerhofes beobachtete eines ihrer Hühner, das sich anscheinend dem Brutgeschäft widmete. Die Frau erwartete, unter der Henne ein Nest voll Eier zu finden. Als das Huhn jedoch das Nest verließ, nahm die Frau zu ihrem größten Erstaunen — vier junge Kätzchen wahr, die das Huhn die ganze Zeit lang betreut hatte. Man beobachtete nun auch die folgenden Tage genau die Gepflogenheiten des Huhnes und sah, daß das Huhn auch weiterhin die Kätzchen betreute. Die Katzenmutter selbst kam lediglich ihren Pflichten als Amme nach, alle übrige Pflege überließ sie großmütig dem Huhn. Als die Kätzchen dann nach und nach größer wurden, trug man sie auf den Stallboden. In der Frühe des nächsten Tages fand man aber wieder ein Kätzchen am alten Platze unter dem Huhn. Und zwar war das Kätzchen, wie man hatte feststellen können, von der Katzenmutter selber der vereinsamten Pflegemutter zurückgebracht worden.

** **Zu schlimmen Ausartungen** kam es in einem Breslauer Tanzlokal. Zwischen dem Geschäftsführer und einigen Gästen waren Meinungsverschiedenheiten entstanden. Die herbeigerufene Schutzpolizei wurde von den Streitenden angegriffen, so daß die Beamten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machen mußten. Ein Beamter, dem der Gummiknüppel entrissen wurde, ist durch Schläge mit diesem verletzt worden. Außerdem wurde ihm der Tschako zertrümmert. Es mußte Reichswehr aufgeboten werden, um wieder Ruhe zu schaffen.

** **Selbstmord eines jungen Mädchens.** Ziemliches Aufsehen erregt in Lüdenscheid der Selbstmord eines 16jährigen Mädchens in der Fülbecker Talsperre. Vor Ausübung des Selbstmordes wurde das Mädchen noch in der Gemeinschaft eines jungen Mannes gesehen. Die Polizei fahndet noch nach diesem unbekannten Mann.

** **Neue Riesenstadt im Ruhrgebiet?** In letzter Zeit sind rege Bestrebungen im Gange, die Städte Recklinghausen, Herne, Wanne-Eickel und Herten zu einer einzi en Stadtgemeinde zu vereinigen und den Amtssitz nach Herne zu verlegen. Man trägt sich sogar mit dem Plan, auch die Stadt Castrop-Rauxel dieser neuen Großstadt anzuschließen, so daß ein Stadtgebilde von der Dortmunder bis zur Gelsenkirchener Grenze entstehen würde, dessen Gesamteinwohnerzahl ungefähr 300 000 betragen würde. Zur Zeit läßt sich die Frage noch nicht klar genug beurteilen, inwieweit die Bildung einer derartigen Riesenstadt möglich oder überhaupt zweckmäßig ist.

Entscheidung an Gräbern.

(Zum Totensonntag.)

Ein Tag im Jahre ist den Toten frei, sagt der Dichter. Nur ein Tag? All die vielen anderen Tage des Jahres gehören dem Leben? Ausschließlich dem Leben? . . .

In jeder flüchtigen Sekunde ruht der Sinn der Ewigkeit. Schon deshalb kann das Dichterwort nicht in dem Sinne aufzufassen sein, daß die 364 anderen Tage des Jahres lediglich den zeitlichen Handen und lediglich den Zwecken des Erdenhaften vorbehalten sein sollen. Gerade der Totensonntag bezeugt es uns Jahr für Jahr aufs neue, daß die seelische Kraft unserer unvergeßlichen Toten ein unendlich Heiliges und Großes ist für uns Lebende, denn sie macht uns im Ankämpfen gegen alle Widerwärtigkeiten und Schicksalsschläge ein tapferes Herz, uns, die wir ja berufen sind, das fortzuführen und zu vollenden, was die, die uns im Tode vorausgingen, nicht mehr vollenden konnten. Ist das Grab an sich auch das Gestrige, so ist es zugleich doch wieder das Saatbeet des Kommenden.

Die Gräber unserer Toten sind stille Rufer an uns, an unsere Pflicht, zu wirken und mutig Ja zu sagen zum Leben. Vom tätigen, arbeitsamen Tag bis zur friedlichen Abendruhe. darin liegt unser Lebenszirkel eingeschlossen. Wie wir diese Frist nützen, das wird zeigen, ob wir unserer Toten würdig und wert sind. Jeder Tag ist ein Imperativ der Pflicht, jeder Tag aber auch wieder ein Abstrich von der Frist, die uns zugemessen. Wie kann man da leichtsinnig sein mit der Stunde! Und wie kann man da so vergessen sein, nur Werte zu suchen und Werte zu sammeln, die der Rost und die Motten verzehren! . . .

Auch von dir fordert der Totensonntag die Entscheidung, die Entscheidung an Gräbern, die Entscheidung zwischen Lebensernst und Pflichtlosigkeit. Die Gräber deiner Toten sind da, nicht nur daß du sie schmückst, sondern daß du auch ihre Sprache verstehen lernst.

Was ist das Leben eigentlich? Das Leben, an das du dich deshalb mit beiden Armen klammerst, weil es dir zu kurz erscheint, um genug erraffen, erjagen zu können? Ein solches Leben ist wahrhaftig nicht viel. Beinahe gar nichts. Wenn du deine Lebensaufgabe im Studium von Börsenzetteln erfüllt glaubst, wenn du nur Tresorfragen und Probleme des Magens kennst, wenn deine Arbeit nur den Zweck hat, dir es so bequem und angenehm wie möglich zu machen, wenn du dich nur als Werkzeug der Halbheiten ansiehst, in denen sich unsere moderne Zeit so außerordentlich gefällt, wenn du dieses Dasein lebst, als sei mit dem irdischen Tode alles aus, dann bist du unglücklicher daran als der Schmetterling, der sich fröhlich auf der Grasblume wiegt, und nichts weiß von Vergehen, Sterben und Trennung. Entspräche es wirklich der Güte des allmächtigen Schöpfers, ein Wesen in diese Welt zu setzen, das Tag für Tag an seinen Bekannten, Nachbarn und Freunden sieht, daß sie sterben müssen, das Tag für Tag sich daran erinnern muß, daß auch die Stunde des eigenen Todes ständig näherrückt, entspräche es der Barmherzigkeit Gottes, einen Menschen zeitlebens kämpfen zu lassen, ohne ihm die Zuversicht zu geben, daß dieser Kampf nicht umsonst gekämpft wurde, daß diesem Erdendasein mit seinen Drangsalen, Schmerzen und Schicksalsschlägen ein besseres, ein schöneres, ein jenseitiges Leben folgt? . . .

Wäre es nicht auch ein ganz unerträglicher Gedanke, daß eine Mutter, die im Kriege nach Jahren entsetzlicher Angst, entsetzlichen Bangens schließlich auch noch das schwerste Opfer auf sich nehmen mußte, das eine Mutter tragen muß, — wäre es nicht ein ganz furchtbarer Gedanke, daß diese Mutter ihr Kind in einer schöneren Heimat nicht wiedersehen soll? . . .

Hätten wir nicht die Gewißheit des Auferstehungsglaubens, wir wären die unglückseligsten Geschöpfe dieser Erde. Weil wir aber nicht klagen wie die, die keine Hoffnung haben, ist uns der Totensonntag die große, herrliche Offenbarung, daß einst ein Tag kommen wird, der alles freudig und selig vereint, was des Todes rauhe Hand uns nahm, daß die Getrennten sich einstmals selig wiederfinden, denn die Liebe ist stärker als der Tod . . .

Stresemann mahnt zur Vernunft

Ein Appell an die Welt. — Deutschlands politische Ziele. — Für Friedenspolitik, Räumung und Abrüstung.

Der Wiener Besuch der reichsdeutschen Staatsmänner fand mit einer Festvorstellung in der Staatsoper und einem anschließenden Souper seinen Abschluß. Politische Bedeutung kommt vor allem noch einer Rede zu, die Reichsaußenminister Dr. Stresemann bei einem Empfang der Presse hielt. Dr. Stresemann wies zunächst die aufgeregten Kommentare verschiedener ausländischer Blätter zurück und stellte fest, **daß in Wien selbstverständlich auch über aktuelle Fragen gesprochen worden ist.** Das sei jedoch nicht verwunderlich, da man ja auch in Genf jede Gelegenheit benutze, um Ansichten über Tagesfragen auszutauschen. Abgesehen davon seien Deutschland und Deutsch-Österreich durch Bande des Blutes und der Sprache zusammengehalten und durch das Feuer deutscher Kulturgemeinschaft erwärmt. Mit dem

französisch-südslawischen Vertrag

habe der Besuch in Wien nichts zu tun, es sei deshalb töricht, wenn Teile des Auslandes entdeckt haben wollen, daß die Reise wegen dieser Vereinbarungen in überstürzter Weise angetreten worden sei.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies Dr. Stresemann auf die gemeinsamen Beratungen deutscher und österreichischer Parlamentarier hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit nicht auf das Gebiet der Strafrechtsreform beschränkt bleibe. Auf die Weltpolitik übergehend gab der Leiter der deutschen Außenpolitik eine Antwort auf die letzten Reden Briands, Baldwin und Lloyd Georges und entwickelte dabei

die Grundsätze der deutschen Außenpolitik.

Deutschland treibe Friedenspolitik, es habe dabei jedoch große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, und häufig sei diese Politik gerade durch das Ausland erschwert und gehemmt worden! Die beste Sicherheit für die Erhaltung des Friedens sei die Bekämpfung des Mißtrauens. Was den Dawesplan betreffe, habe Deutschland seine Verpflichtungen getreulich erfüllt. **Wenn einst eine Neuordnung der großen internationalen Finanzverpflichtungen eine Neuordnung auch der jetzigen Basis auf Grund wirtschaftlicher Erkenntnis bedinge, werde die Zeit gekommen sein, durch die Finanzsachverständigen der Welt zu prüfen, welche neuen Formen für die Lösung der Reparationsfrage zu fordern seien!**

Unter Hinweis auf die Ausführungen Lloyd Georges erklärte Dr. Stresemann dann,

Locarno bedeute eine Etappe zur Neuorientierung Europas.

Aber wenn man nachdenken wollte, was mit dieser Etappe beabsichtigt war, könnte man auch zu dem Ergebnis kommen, **daß beispielsweise mit einem ewigen Frieden am Rhein, mit der gegenseitigen Zusicherung, daß nie wieder der Kampf die Menschen an diesem Strom trennen werde, und damit, daß eine der größten Mächte der Welt die Verpflichtung übernommen hat, über diesen Frieden zu wachen, eine weitere Besetzung deutschen Bodens weder logisch noch moralisch vereinbar ist.** (Lebhafter Beifall.)

Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Dr. Stresemann die Fortschritte zur Lösung internationaler Streitigkeiten durch Schiedsgerichte und bedauerte, daß

auf dem Gebiete der Abrüstung

leider wenig Fortschritte zu verzeichnen seien. Zur Sicherung des Friedens gehört aber auch die Bekämpfung der Organisierung des Krieges! Es sei Zeit, daß endlich die Bahn frei werde, für die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den Völkern. Locarno sei ein Symbol für den Ausschluß des Krieges und der Gewalt, möge der gemeinsam betretene Weg zu einem Locarno für alle Völker führen.

*

Die Abreise aus Wien.

Dr. Marx über unsere Zukunft. — Ankunft des Reichskanzlers in München.

Die deutschen Staatsmänner haben ihren Besuch in Wien beendet und sind nach Deutschland zurückgekehrt. Reichskanzler Dr. Marx begab sich von Wien nach München und hat hier am heutigen Donnerstag eine Unterredung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held.

Nach dem Abschluß der offiziellen Feierlichkeiten in Wien fand in der Stiftskirche in Klosterneuburg ein feierliches Pontifikalamt statt, dem Reichskanzler Dr. Marx, Minister Dr. Stresemann und Bundeskanzler Dr. Seipel beiwohnten. Am Dienstag hatten die deutschen Gäste noch an einem Empfangsabend in der deutschen Gesandtschaft teilgenommen, bei dem Reichskanzler Dr. Marx eine kurze Ansprache hielt. Er erklärte, der Besuch in Wien habe den Zweck gehabt, der Empfindung des gesamten deutschen Volkes Ausdruck zu geben. Deutschland könne auch ohne ein großes, schlagkräftiges Heer wieder eine Macht in der Welt werden, es müsse jedoch einig sein. Jetzt käme es nicht mehr darauf an, Waffen zu schmieden, es gelte vielmehr, kulturelle Großtaten zu vollbringen.

Kundgebung für Ostpreußen.

Eine Veranstaltung der rheinischen Industrie. Ostpreußens Abschnürung schädigt die Gesamtwirtschaft.

In Düsseldorf fand Mitte der Woche die Jahreshauptversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen des Rheinlandes und Westfalens statt, die sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Erhaltung und Kräftigung Ostpreußens gestaltete. Etwa 800 Wirtschaftsführer und Ehrengäste wohnten den Verhandlungen bei.

Generaldirektor Dr. Reuscher

hielt eine Begrüßungsansprache und forderte die Wirtschaftsvertreter auf, sich mehr als bisher mit den Schwierigkeiten des deutschen Ostens zu befassen. Ostpreußens Abschnürung schädige die gesamte deutsche Wirtschaft. Redner warf dann einen Rückblick auf die Wirtschaftsentwicklung und gab dabei der Befürchtung Ausdruck, daß eine wesentliche Steigerung der deutschen Ausfuhr kaum möglich ist. Der Höhepunkt der Konjunktur sei überschritten.

Oberpräsident a. D. von Batocki

wies auf die Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft hin. Er erklärte, die Bedeutung der Landwirtschaft werde meist unterschätzt. **Das würde verhütet, wenn man sich vergegenwärtige, daß die Jahresproduktion an Kohle, Eisen und Leder zusammen nur 4½ Milliarde Mark ausmache, während die an Fleisch, Milch, Kartoffeln und Brotgetreide 13 Milliarden betrage. Hinzu komme noch, daß der Maschinen- und Ersatzteilbedarf der Landwirtschaft allein mehr als eine Milliarde Mark erfordere. Die notwendige Hilfe für die Landwirtschaft liege vor allem in der Richtung des Schutzes der kleinen und mittleren Betriebe vor der polnischen Konkurrenz!**

Als letzter Redner sprach der Präsident der ostpreußischen Landwirtschaftskammer

Dr. Brandes,

der ausführte, die wirtschaftliche Lage Ostpreußens habe sich durch die Abtrennung vom Mutterlande erheblich verschlechtert.

Für Totensonntag

liefert moderne Trauer-Spenden

Kränze sowie Kreuze

von Mk. 1.– an

Sträuße 50 Pfg.

sowie sämtl. Binderei-Bedarfsartikel billig

Salzmannscher Gartenbaubetrieb

Fernruf 36

Freie Belieferung überallhin.

Centrifugen

Butterfässer

Waschmangeln

empfiehlt

Richard Mohr.

Einziehung von Forderungen

auch von bereits ausgeklagten

die Abfassung von

Verträgen, Testamenten

und Erledigung von

Erbangelegenheiten

übernimmt

W. Friedrich Pasche

Rechts- Revisions- u. Treuhandbüro

Spangenberg.

Salinen-Siedesalz

in Säcken angekommen u. offeriere

selbiges zu alten Preisen

Richard Mohr.

Zum Gedenktage unserer lieben

Entschlafenen

empfehle meine

Blumen- u. Kranzbinderei

Geschmackvolle Ausführung :: Mäßige Preise.

Prima frische Blumen.

Georg Pasche

Spangenberger Gartenbau u. Samenhandlg.

Weiße Zähne

machen jedes Antlitz ansprechend und schön. Oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden **Chlorodont**-Zahnpaste erzielen Sie einen wundervollen Elfenbeinglanz der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten **Chlorodont-Zahnbürste** mit gezahntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden restlos damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer kleinen Tube zu 60 Pfg., **Chlorodont-Zahnbürste** für Kinder 70 Pfg., für Damen Mk. 1.25 (weiche Borsten), für Herren Mk. 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont". Überall zu haben.

Schützendorf

Pepsin in Weinbrand

Genußmittel für jedermann

Alleinverkauf

für Spangenberg u. Umgebung

E. Weisel „Stadt Frankfurt"

Spangenberg.

Rapskuchen, Mais, Futtermehl, Leinsaatfuttermehl, Fischmehl, Brockmanns Futterkalk, Feldbohnen, Hundekuchen, Hühnerfutter, reines Roggen-, Weizen-, u. Haferschrot

empfiehlt preiswert

Richard Mohr.

Gemischter Chor

„Liederkränzchen"

Heute abd. ½9 Uhr

Gesangstunde

Der Vorstand.

Inserieren bringt Gewinn!

Gratis-Muster

Ia. Strickwolle pro Pfund Mk. 2.— versendet

Wollspinnerei Tirschenreuth / Bay.

Vertreter gesucht.

Kehrgebührenordnung.

Auf Grund des § 77 der Reichsgewerbeordnung werden mit Rücksicht auf die weitere Steigerung der Gesellenlöhne die Gebühren für die Reinigung der Schornsteine mit Wirkung vom 1. November 1927 wie folgt festgesetzt.

1. Für Reinigung eines besteigbaren Schornsteins:
   für jedes Stockwerk 0,20 R.-M.
   für besteigbare Schornsteine, die das Normalmaß von 50×50 cm. Lichtweite überschreiten, außerdem für jedes Stockwerk 0,10 R.-M. mehr. Jede Balkenlage im Dachgeschoß gilt als ein Stockwerk.
   Beim Fehlen der Balkenlage ist das sogenannte Bundgebälk der Balkenlage gleich zu achten.
2. Für Reinigungen eines unbesteigbaren Schornsteins:
   für jedes Stockwerk 0,15 R.-M.
   für unbesteigbare Schornsteine, die ein Lichtmaß von 27 cm überschreiten, außerdem für jedes Stockwerk 0,10 R.-M. mehr.
3. Für Reinigen eines gewerblichen Zwecken dienenden oder Zentralheizungsschornsteins die doppelten Sätze von Punkt 1 und 2.
4. Für Ausbrennen eines unbesteigbaren Schornsteins:
   für das erste Stockwerk 0,40 R.-M.,
   für jedes weitere Stockwerk 0,35 R.-M.
   Die Gebühren von Ausbrennen für besteigbaren oder Räucherschornsteinen bleiben der freien Vereinbarung des Bezirksschornsteinfegers mit dem Hauseigentümer überlassen. Das zum Ausbrennen der Schornsteine erforderliche Brennmaterial hat der Hauseigentümer zu stellen, andernfalls den Bezirksschornsteinfeger für dessen Lieferung zu entschädigen.
5. Für Reinigen eines Schornsteinaufsatzes, dessen Reinigung besondere Anforderungen an den Schornsteinfeger stellt, ein Mindestsatz von 0,15 R.-M.
6. Die in den vorstehenden Punkten angeführten Vergütungen beziehen sich nur auf die den baupolizeilichen Bestimmungen entsprechend angelegten Schornsteine.
7. In Häusern, die mehr als 500 Meter von den geschlossenen Ortschaften entfernt liegen, ist außer der Kehrlohntaxe ein Streckengeld von 0,10 R.-M. für jede Reinigung der Schornsteine zu entrichten.
8. Die Anzahl der Stockwerke eines Schornsteins berechnet sich von dem Geschoß an, in dem der Schornsteinfeger den Ruß aus den Schornsteinen zu entfernen hat.
9. Lassen sich die Stockwerke eines Schornsteines nicht feststellen, so gelten je 3 Meter Schornsteinhöhe als ein Stockwerk.
10. Vereinbarungen über Pauschalbeträge oder Akkorde im Rahmen der vorstehenden Gebührenordnung sind zulässig.
11. Muß die Reinigung von Schornsteinen zu außergewöhnlicher Zeit oder auf besondere Anordnung oder Bestellung erfolgen, oder ist die bevorstehende, bestimmungsgemäß angemeldete Reinigung verhindert, bzw. unmöglich gemacht worden, so ist im Ort des Wohnsitzes des Bezirksschornsteinfegers zu vorstehender Taxe ein Zuschlag von 0,50 — 1 R.-M., nach außerhalb seines Wohnortes ein Zuschlag je nach Zeitaufwand zu entrichten.

Melsungen, den 8. November 1927.

Der Landrat.

3893